

# Wossische



# Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3 75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 38 1/2 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion: (mit Ausnahme des Handelsst.) i. V. Rolf Gallert in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 294

## Das Verfahren gegen den Kaiser.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Amsterdam, 8. Juli.

In der „Times“ vom 5. schreibt der parlamentarische Bericht: Es werden zwei Arten von Militärgerichtshöfen vorgeschlagen. Die Personen, die wegen Verbrechen gegen Angehörige eines der alliierten Länder angeklagt sind, werden vor die Militärgerichtshöfe dieser Mächte gestellt werden. Personen, die Verbrechen gegen die Angehörigen mehrerer Länder der Alliierten begangen haben, sollen vor gemischten, aus Mitgliedern der Militärgerichtshöfe der betreffenden Mächte zusammengesetzten Militärgerichtshöfen kommen. Jeder Angeklagte wird das Recht haben, seinen Verteidiger zu wählen. Dem britischen Gerichtshof wird man freistellen, auch in Frankreich oder Flandern wegen der dort anässigen Zeugen Sitzungen abzuhalten. Der internationalisierte Militärgerichtshof wird seinen Sitz wahrscheinlich in Paris haben.

„Daily News“ bringt einen Brief zu den beabsichtigten Verhandlungen gegen den Kaiser und die deutschen Offiziere, in dem es mit Bezug auf Lloyd Georges Worte: „Wir müssen zeigen, daß wir ein zivilisiertes Volk sind“, heißt: Wenn die Schuldigen vor einen Gerichtshof gestellt würden, in dem die Feinde der Deutschen zugleich Ankläger, Richter und Strafvollstreckter wären, so würde das eine Verhandlung sein, in der Richter Lynch den Haupteinfluß ausübt. Der „Manchester Guardian“ schreibt: ein gerichtliches Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser würde ihn nur zum Märtyrer machen und ihn der Vergessenheit entreißen. Der Gerichtshof, den man einsetzen wolle, werde kein Vertrauen einflößen, und sein Urteil werde keinen Respekt erzeugen, während durch das Schüren des gegenseitigen Hasses die Rückkehr zu erprießlichen Verhältnissen verzögert werden würde. Das Beste wäre, wenn die niederländische Regierung sich, wie zu erwarten, weigerte, dem Druck von außen nachzugeben. Die „Weltminister Gazette“ führt aus, der Kaiser und der Kronprinz hätten sich als Fremde in einem neutralen Staate auf und haben die Freiheit, abzureisen, wann sie wünschen. Holland sei jahrhundertlang zahllosen Flüchtlingen jeder Nationalität Zufluchtsstätte gewesen, und dieses Anrecht sei durch die Geschichte geheiligt. Holland werde seine schließliche Entscheidung in Übereinstimmung mit seinen Pflichten als unabhängiger Staat und mit seiner nationalen Ehre und Würde sprechen.

## Prinz Heinrich an den König von England.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Hamburg, 8. Juli.

Prinz Heinrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm geschickt:

Im Namen der Gerechtigkeit bitte ich Eure Majestät, von der Auslieferung Eurer Majestät des Kaisers Wilhelm Abstand nehmen zu wollen. Ich, der ich nach Rücksprache mit Eurer Majestät in London am 26. Juli 1914 nach Deutschland zurückkehrte und bis zum Ausbruch der Mobilmachung bei unserem Kaiser verweilte, bin Zeuge, wie der Kaiser und seine Ratgeber demütigt waren, mit allen nur erdenklichen Mitteln einen Krieg als Unheil für die Menschheit abzuwenden. Die aller Wahrheit zum Trost jahrelang ausgeprägten Verleumdungen über den deutschen Kaiser zu widerlegen, bin ich bereit, und ich stelle mich Eurer Majestät zur freien Verfügung, um Eurer Majestät behilflich zu sein, die Wahrheit über die Kriegursachen und deren Folgen an das Licht zu bringen.

## Kompromiß in der Schulfrage?

Gegen Preußens Zerstückelung.

Die von uns bereits erwähnten Einigungsverhandlungen in der Schulfrage, die zwischen den zuständigen preußischen Ministern und Mitgliedern der Reichsleitung einerseits und den Fraktionen der Nationalversammlung auf der anderen Seite schweben, sind am Dienstag den ganzen Nachmittag über fortgesetzt worden, und zwar in Beratungen, die zwischen den Ministern Dietrich, Haenisch und seine und namhaften Zentrumsabgeordneten der Bundesversammlung im Abgeordnetenhaus geführt wurden. Diese Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt, sollen vielmehr in Weimar ihre Fortsetzung finden. Nach unseren Informationen scheint aber schon jetzt die Möglichkeit, zu einem Kompromiß zu kommen, gegeben zu sein. Dieses Kompromiß soll in gleicher Weise der programmatischen Stellung der Sozialdemokratie zur Schulfrage wie den wichtigsten Zentrumswünschen dadurch gerecht werden, daß man nun doch in gewissen Einzelfragen den Gliedstaaten das Recht selbstständiger gesetzlicher Regelung einräumt. Der preußische Ministerpräsident ist noch am Dienstagabend nach Weimar zurückgekehrt; die übrigen preußischen Minister werden Mittwoch früh folgen. Neben den Verhandlungen in der Schulfrage gingen aber im Abgeordnetenhaus Besprechungen auch mit dem Führer der an-

deren Fraktionen einher, bei denen es sich um den Artikel 18 der Reichsverfassung handelte. Bei diesem Artikel wünschen bekanntlich gewisse Gruppen der Nationalversammlung die Wiederherstellung der Fassung des ersten Entwurfs, wonach für Gebietsänderungen der Gliedstaaten ein einfaches Reichsgesetz genügen sollte, während nach der Kompromißfassung des Ausschusses dazu ein „verfassungsänderndes“ Gesetz erforderlich sein sollte. Hier beharrt, wie wir hören, die Staatsregierung im völligen Einvernehmen mit allen Parteien der Landesversammlung auf ihrem Standpunkt, daß sie jeder Fassung den allerentschiedensten Widerstand entgegenzusetzen wird, die die Zerstückelung Preußens begünstigen würde.

## Willels Wirtschaftsplan aufgegeben.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

\* Weimar, 8. Juli.

In der heutigen Kabinettsitzung ist der Reichswirtschaftsminister Willels mit seiner Planwirtschaft völlig einsam geblieben; für seine Auffassung erhob sich auch nicht eine Stimme. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers ist damit in greifbare Nähe gerückt; er hat zwar sein Rücktrittsgesuch noch nicht eingereicht, man rechnet aber damit nach der heute abend stattfindenden Fraktionsberatung der sozialdemokratischen Partei, deren Mehrheit auch bei aller subjektiven Wertung der Persönlichkeit und der Absichten Willels gegen ihn entscheiden dürfte. In dem Arbeitsprogramm der Nationalversammlung ist wieder einmal eine völlige Veränderung eingetreten. Ministerpräsident Bauer hat dem Präsidenten mitgeteilt, daß er nicht am Donnerstag, sondern erst in der nächsten Woche seine Programmrede halten werde. Der Grund für die Verschiebung ist der, daß der Ministerpräsident in seinen Ausführungen ein wirklich umfassendes Programm seiner Regierungsabsichten geben will und für die Ausgestaltung dieses Programms, nachdem jetzt die Willelsche Planwirtschaft ausgeschaltet ist, neue Erwägungen und Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung des Wirtschaftsaufbaues im Kabinett notwendig geworden sind.

Am Mittwoch bleibt es bei der Ratifizierung des Friedens. Die Deutsch-Nationalen haben erklären lassen, daß, wenn die Rede des Ministers des Äußeren keine andere Haltung notwendig mache, sie auf längere Darlegungen verzichten würden. Es kann also mit einer kurzen Sitzung gerechnet werden, da sich die Parteien alle auf formulierte Erklärungen beschränken werden und außerdem nur noch eine gemeinsame Protestkundgebung der Abgeordneten aus den abzutretenden Gebieten zu erwarten ist. Am Donnerstag werden wahrscheinlich die Beratungen über die Verfassungsvorlage wieder aufgenommen werden.

## Sonnabend Aufhebung der Blockade?

Drahtmeldung.

Rotterdam, 8. Juli. (Z. U.)

„Daily Mail“ meldet: Das Wirtschaftsamt gab Befehl, daß, sofern bis Donnerstagabend die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland angezeigt ist, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend früh in vollem Umfange aufgehoben wird. Lloyds in London nimmt zum ersten Male seit Kriegsausbruch wieder Versicherungen für Schiffsfrachten nach deutschen Häfen an.

Amsterdam, 8. Juli.

Den englischen Blättern zufolge beantwortete die Regierung im englischen Unterhause die Anfrage, ob das Flottenprogramm infolge der Versenkung der deutschen Flotte in Spina Flow abgeändert werde, mit nein. Das Bauprogramm für 1920 sei bereits vor der Versenkung der deutschen Flotte anscheinlich herabgesetzt worden.

## Emonts in Berlin.

Im Berliner Lehrervereinshaus fand gestern abend eine vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten einberufene Bankbeamtenversammlung statt, in der plötzlich der entflohenen Verbandsleiter Emonts erschien, um seine kommunistische Politik vor der Versammlung zu rechtfertigen. Er erklärte, daß er sich der Staatsanwaltschaft freiwillig stellen wolle, wenn er die Gelegenheit habe, daß sein Prozeß in Berlin durchgeführt werde. (S. auch 4. Seite.)

## Erzbergers große Finanzrede.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

—an Weimar, 8. Juli.

Der Einführungsrede des neuen Reichsfinanzministers durfte man mit einiger Spannung entgegensehen. So lange Herr Matthias Erzberger Minister ohne Portefeuille war und allerhand verlautete über das Tätigkeitsfeld, das er für seinen Latendrang suchte, konnte man einigermaßen zweifelhaft sein, ob sein unverwundlicher Optimismus ausreichen würde, um sich gerade an dem besonders dornenreichen Amte des Reichsfinanzministers zu versuchen. Er hat's gewagt und nicht allein im Hause war es glaubhaft, wenn er von dem Opfer sprach, das er mit der Uebernahme dieses Ressorts am 21. Juni gebracht habe.

Äußerlich betrachtet, hat ihm seine Jungfernrede als Finanzminister einen Erfolg eingebracht; bei näherem Zusehen wird sich freilich herausstellen, daß alles, was Herr Erzberger heute materiell versprochen, auf das Konto seiner demokratischen Vorgänger im Amte, der Herren Schiffer und Dernburg, zu setzen ist, denen er darum auch den gebührenden warmen Dank zollte, während der erste Fraktionsredner, der Sozialdemokrat Reil, sich veranlaßt fühlte, gegen Schiffer und Dernburg erhebliche Vorwürfe zu erheben.

Es ist zur Stunde wohl nicht möglich, von Herrn Erzberger zu verlangen, daß er bereits ein förmliches neues System der Steuerpolitik vorlegt. Man muß die vorliegenden Steuern gewissermaßen als den Abschluß der bisherigen Finanzgebarung und Finanzmiserie bezeichnen, ein aus der Not des Augenblicks geborenes Fließwerk und Stützwerk, das erst nach Abschluß des Friedens und bei genauer Kenntnis aller Bedingungen dieses Friedens verlassen werden kann. Die Aufgabe einer wirklichen Steuersystematik, eines organischen Aufbaues unseres Finanzwesens, das im engen Zusammenhang mit der gesamten Reorganisation unseres gesamten Wirtschaftslebens stehen hätte, wird also Herr Erzberger zu leisten haben.

In welchem Geiste er sie ansetzen wird, ließ sich aus den allgemeinen Auslassungen seiner heutigen Rede schon einigermaßen erkennen, die einen starken demokratischen, um nicht zu sagen sozialistischen Einschlag trugen. Immerhin war das, was er sagte, und wie er es sagte, unverbindlich und vorsichtig genug formuliert, um scharfe Widersprüche nicht herauszufordern und bei einigen besonders glücklichen Formulierungen fand er dann auch bei Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie lebhaften Beifall, der allgemein wurde, als er die Sicherung der Kriegsanleihe für eine selbstverständliche Pflicht des neuen Finanzministers nachdrücklich unterstrich.

Von den finanztechnischen Einzelheiten der Rede war von Interesse die Auffstellung über unseren Steuerbedarf und den Steuerertrag nach Annahme der zehn vorliegenden Gesetzentwürfe, die noch immer einen Bedarf von zehn Milliarden, d. h. etwa das Fünftfache des Friedensetats des Reiches, offen lassen, wobei die Anforderungen der Feinde an die deutsche Finanzkraft noch nicht einmal mitgerechnet sind. Die Ausblicke auf die gewaltigen Budgets von Frankreich und England und den Steuererlösens der Franzosen und Engländer gewährten schließlich nur einen schwachen Trost.

Der tiefe Ernst, mit dem das Haus die Ausführungen des Ministers aufnahm, entsprach dann auch ganz der furchtbaren Aussicht auf die geradezu entsetzliche Steuerlast, die uns für Geschlechter hinaus bevorsteht. Einen Zwischenfall in dieser ernsten Stimmung gab es nur, als Erzberger, nicht sehr taktvoll, wenn auch sachlich wohl berechtigt, scharfe Kritik übte an der leichtfertigen Finanzgebarung des ehemaligen Reichsschatzsekretärs Helfferich. Am Schluß mißfiel sich in den lebhaften Beifall seiner Fraktionsgenossen, dem die Sozialdemokraten etwas zurückhaltender beistimmten, das Zischen der Rechten.

Nach der Programmrede Erzbergers sprach zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Reil, der an den Steuervorlagen im ganzen Kritik übte, im wesentlichen sich aber einverstanden erklärte. Die Unruhen und Streiks der letzten Monate führte er zum großen Teil auf die späte Einbringung der Vorlage zurück, bei der er die notwendige große und kühne Entschlußkraft vermisse. Er scheint noch große Dinge von der Zukunft und Tätigkeit des neuen Reichsfinanzministers zu erwarten, denn Herrn Erzberger entlastete er mit dem Hinweis, daß die jetzige Vorlage eigentlich ja nicht so sehr sein Werk sei, sondern Fortsetzung von Arbeiten, die schon während des Krieges begonnen worden seien. Im Zusammenhang damit beschäftigte auch er sich mit Herrn Helfferich, den er als genialen Staatsmann ironisierte, weil er als Reichsschatzsekretär mit der Zahlung von Kriegsschuldigungen seitens unserer Feinde gerechnet und daraufhin seine ganze Kriegsschuldenpolitik eingerichtet habe. Auch Herr Reil trat für die Vereinheitlichung der Steuer im ganzen Reich ein und verlangte, daß das Reich auch die direkten Steuern in seine Hand nehme.

Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Farwold, der Oberbürgermeister von Aachen, sehr kurz und ohne sich in Einzelheiten besonders zu vertiefen. Auch er beklagte die Verhältnisse in unserer früheren Steuerpolitik. Die besten Gelegenheiten seien schon während des Krieges verpaßt worden, und man hätte die englische Art, Deduktion zu schaffen, nachahmen müssen. Als letzter Redner des Tages sprach der frühere Reichsfinanz-